

# Zwischen Schulterklopfen und Kopfschütteln

## Der Wiederaufbau Afghanistans bleibt ein gefährlicher Drahtseilakt

Ein Kommentar von Jan Heller aus Kabul

Zum Jahrestag der 1. Bonner Afghanistan-Konferenz war der Petersberg am 2. Dezember erneut Schauplatz eines Gipfeltreffens der Politprominenz. Es galt, Bilanz zu ziehen: Wie wurde das vor einem Jahr abgeschlossene Afghanistan-Abkommen umgesetzt? Wohin orientiert sich der neue Staat? Was wurde aus der versprochenen Hilfe? Das Fazit fällt zwiespältig aus

Dieses Treffen ist der Weg zur Erlösung.“ Diesen Satz übermittelte Hamid Karzai, bald darauf Premier der Übergangsregierung, vor einem Jahr per Satellitentelefon aus Afghanistan an die Konferenz, die auf dem Bonner Petersberg einen Fahrplan für den Neuaufbau des Staates beschloß. Ein Jahr nach dem Bonner Afghanistan-Abkommen - offiziell „Übereinkommen über vorläufige Regelungen in Afghanistan bis zur Wiederherstellung dauerhafter staatlicher Institutionen“ - versammelte sich am 2. Dezember auf dem Petersberg erneut diplomatische und politische Prominenz. Bilanz ist zu ziehen. Bundeskanzler Gerhard Schröder kam, und natürlich reiste der afghanische Staatschef Hamid Karzai ebenso an wie der UN-Sondergesandte Lakhdar Brahimi und sein Vorgänger, Francesc Vendrell, nunmehr EU-Vertreter in Kabul. Zu Außenminister Joschka Fischer gesellten sich seine Amtskollegen aus London, Kabul, Islamabad und Teheran, Washingtons Sonderbeauftragter Zalmay Khalilzad sowie rund 25 weitere Delegationen, darunter Vertreter sämtlicher Nachbarstaaten Afghanistans.

### Rasieren erlaubt- Singen verboten

Wenige Autominuten vom Tagungsort der offiziellen Konferenz entfernt, in Bad

Honnef, saßen ebenfalls wieder wie vor einem Jahr Vertreter der Zivilgesellschaft um einen runden Tisch. Die Spitzendiplomaten bekamen sie nicht zu Gesicht. Denn sie hätten ihnen mit Kritik die Jubiläumstimmung verderben können, da die Bilanz in Afghanistan zwiespältig ausfällt.

Einerseits besteht über die erreichten Fortschritte kein Zweifel: Die Taliban sind gestürzt, die Afghanen konnten aufatmen. Schulen und Universitäten sind auch wieder für Mädchen offen, in Kabul ist ein Wald von Satellitenschüsseln gewachsen. Rasieren ist nicht mehr illegal, und manche Frauen haben auch die Burqa abgelegt.

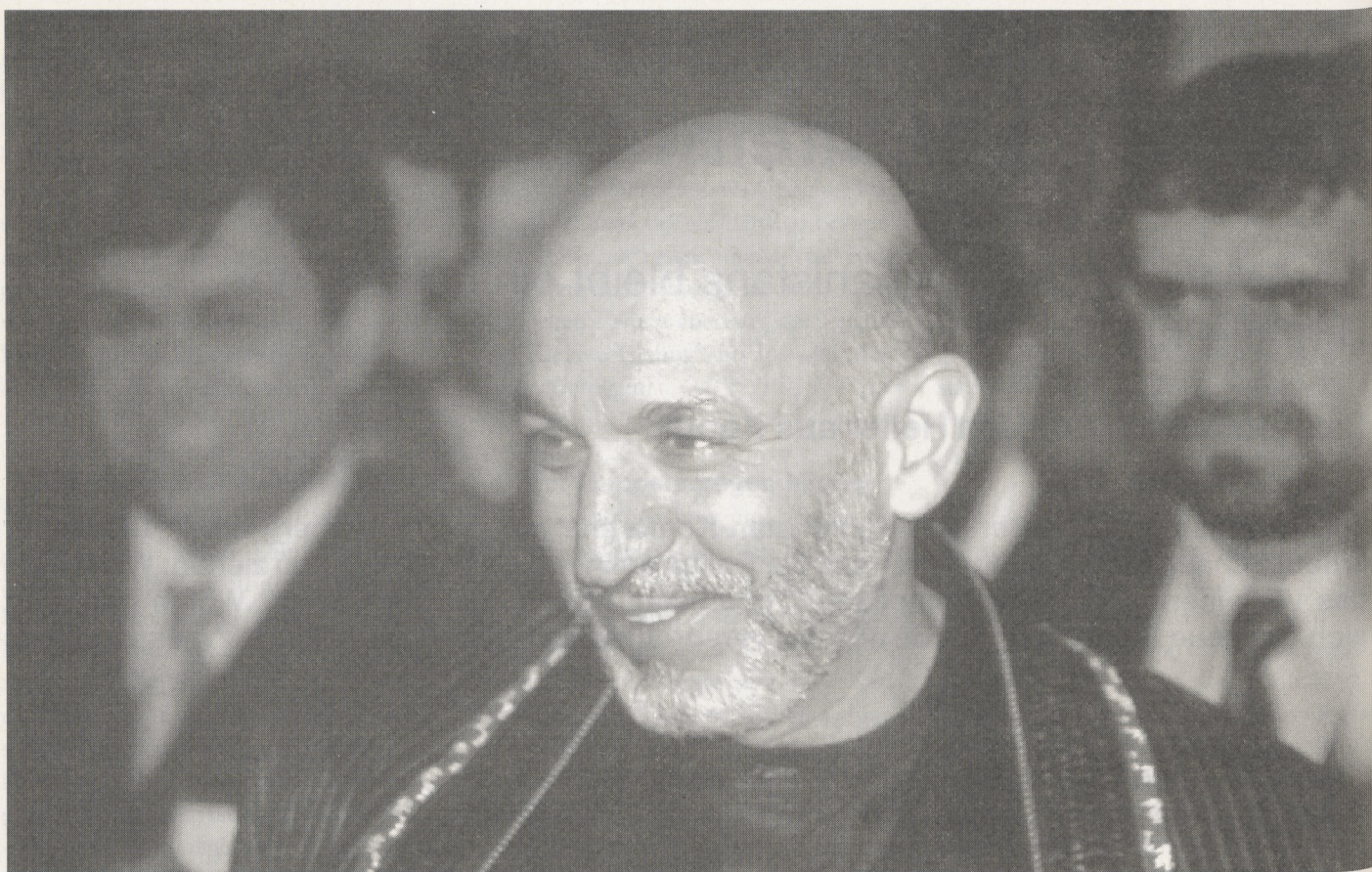
Andererseits ist in der Präambel des Bonner Abkommens davon die Rede, daß das Land „seine politische Zukunft im Einklang mit den Grundsätzen des Islam, der Demokratie, des Pluralismus und der sozialen Gerechtigkeit in Freiheit“ bestimmen könne. Das sieht ein Jahr später in der Praxis so aus: Ein Gouverneur verbietet gemeinsame Hochzeitsfeiern von Männern und Frauen, ein anderer schließt Videotheken. Gleich außerhalb Kabuls werden Musiker zusammengeschlagen. Selbst in der Hauptstadt sitzen Fundamentalisten in Schlüsselstellungen. Der Oberste Richter befürwortet Amputationstrafen, der Fernsehchef verbannt singende Frauen vom Bildschirm.

Abdullah Wardak von einer pro-saudischen Fraktion ist bis heute Minister, obwohl er sich geweigert hatte, das Bonn-Abkommen zu unterzeichnen. Und jetzt, bei der zweiten Petersberger Konferenz, vertreten Karzai und Außenminister Abdullah ganz offiziell die „Islamische Regierung Afghanistans“, eine Bezeichnung, die reaktionäre Mullahs auf der *Loya Jirga* im Juni im Handstreich durchsetzen.

### „Atmosphäre der Angst“

In Kabul hat ein unerträglicher Personenkult um den ermordeten Mujaheddin-Führer Ahmed Shah Massud, dem sich niemand zu widersetzen wagt, die Tyrannei der Taliban abgelöst. Die Polizei schießt auf demonstrierende Studenten, der Geheimdienst sitzt vor den Büros neuer politischer Gruppen; einer ihrer Aktivisten wurde vor zehn Tagen in Kabul auf offener Straße von einem Motorrad aus niedergeschossen, nachdem seine Organisation vom Geheimdienst aufgefordert worden war, in ihrer Zeitung *Fakkel der Demokratie* mehr Zurückhaltung zu üben.

John Sifton von der Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch*, der gerade einen viel beachteten Bericht über die



Präsident Karzai (Foto: Jorge Scholz)

westafghanische Stadt Herat mit verfaßte, meint, die Lage dort sei „nicht sehr viel anders als unter den Taliban“. Asma Jahangir, UN-Sonderberichtsteratterin über außerlegale Hinrichtungen, konstatierte nach einem Besuch im Oktober eine „Atmosphäre der Angst“ außerhalb Kabuls. Selbst Justizminister Karimi gibt zu, daß die „Rechtsprechung“ dort oft den *Warlords* obliegt. Und Adela Bahram, die unter den Taliban illegale Schulen organisierte und nun die Frauenorganisation der neuen Republikanischen Partei leitet, sagt, daß trotz offener Schulen selbst in Kabul viele Mädchen aus Furcht vor Übergriffen lieber zu Hause blieben.

### Islamistische Regime in den Provinzen

Die Tür für diese Entwicklung wurde schon vor einem Jahr geöffnet, als Washington der Nordallianz grünes Licht für ihr Einrücken in Kabul noch vor der er-

sten Petersberger Konferenz ab. Aus dieser Position der Stärke heraus verschaffte sie sich in Bonn die Dominanz in der Übergangsadministration Karzais. Der Abzug aller Milizen aus Kabul blieb eine Floskel auf gesiegeltem Vertragspapier. Die UNO schluckte das genauso wie den Fakt, daß die *Warlords* ihre Milizen nicht, wie vereinbart, „unter das Kommando und die Kontrolle der Interimsverwaltung“ stellten. Wie sollte sie auch anders: Washington bezahlte sie ja als Hilfstruppen gegen *al-Qaida* und die Rest-Taliban mit 70 Millionen US-Dollar allein in den ersten Kriegswochen, wie Bob Woodward von der *Washington Post* gerade beschrieb.

Der Aufbau der nationalen Armee geht nur im Schnecken tempo voran, weil *Warlords* wie Verteidigungsminister „Marchall“ Qasim Fahim ihn sabotieren. Die Unabhängige Verfassungskommission wurde statt Ende August erst Anfang November einberufen. Die UNO, vom Bonner Afghanistan-Abkommen mit der Aufsicht über den Friedensprozeß betraut, sah

dem ebenso tatenlos zu wie dem Treiben der Kommission für Gesetzesreform, die unter dem Einfluß der Fahim-Gruppe mit Staatsbediensteten überfrachtet wurde und monatelang untätig herumsaß, bis sie Anfang November schließlich neu gebildet werden mußte. Dabei sind beide Gremien das Kernstück in der Nach-*Loja-Jirga*-Phase des Friedensprozesses. Sie entscheiden, ob Afghanistan sich hin zu einer offeneren Gesellschaft bewegt, wie sie eine übergroße Mehrheit der Afghanen wünscht, oder erneut unter ein islamistisches Regime fällt, wie es in den Provinzen schon entsteht.

### Nur der Westen kann Teufelskreis durchbrechen

Schließlich ist trotz Milliardenzusagen der Wiederaufbau nicht sichtbar angelaufen. Mit arbeitsintensiven Projekten müßten gerade die waffenfähigen Jahrgänge aus den Milizen der *Warlords* ins legitime

Erwerbsleben zurückgeholt werden. Hier schließt sich ein Teufelskreis: Ohne Arbeitsbeschaffung für Kalaschnikow-Träger keine sinnvolle Demobilisierung der Milizen, ohne Demobilisierung keine Sicherheit, ohne Sicherheit keine Hilfsgelder. Durchbrechen kann ihn nur der Westen: „Investieren in Sicherheit durch Wiederaufbau“ müßte die Devise lauten. Das kann man nach dem 11. September auch dem Steuerzahler vermitteln.

Gleichzeitig sollte man nicht der Forderung nachgeben, die Aufbauhilfe ausschließlich durch die Kabuler Administration zu leiten. Sie ist mit *Warlords* gespickt, und afghanische Nichtregierungsorganisationen sprechen von ausufernder Korruption.

Völlig vernachlässigt wird im Westen, daß der in Bonn angemahnte demokratische Rahmen auch lebensfähige demokratische Akteure braucht. Unterstützung für die neuen politischen Gruppen - wie einst für die Opposition in Osteuropa - blieb bisher fast völlig aus. Das wäre eigentlich eine Aufgabe für politische Stiftungen.

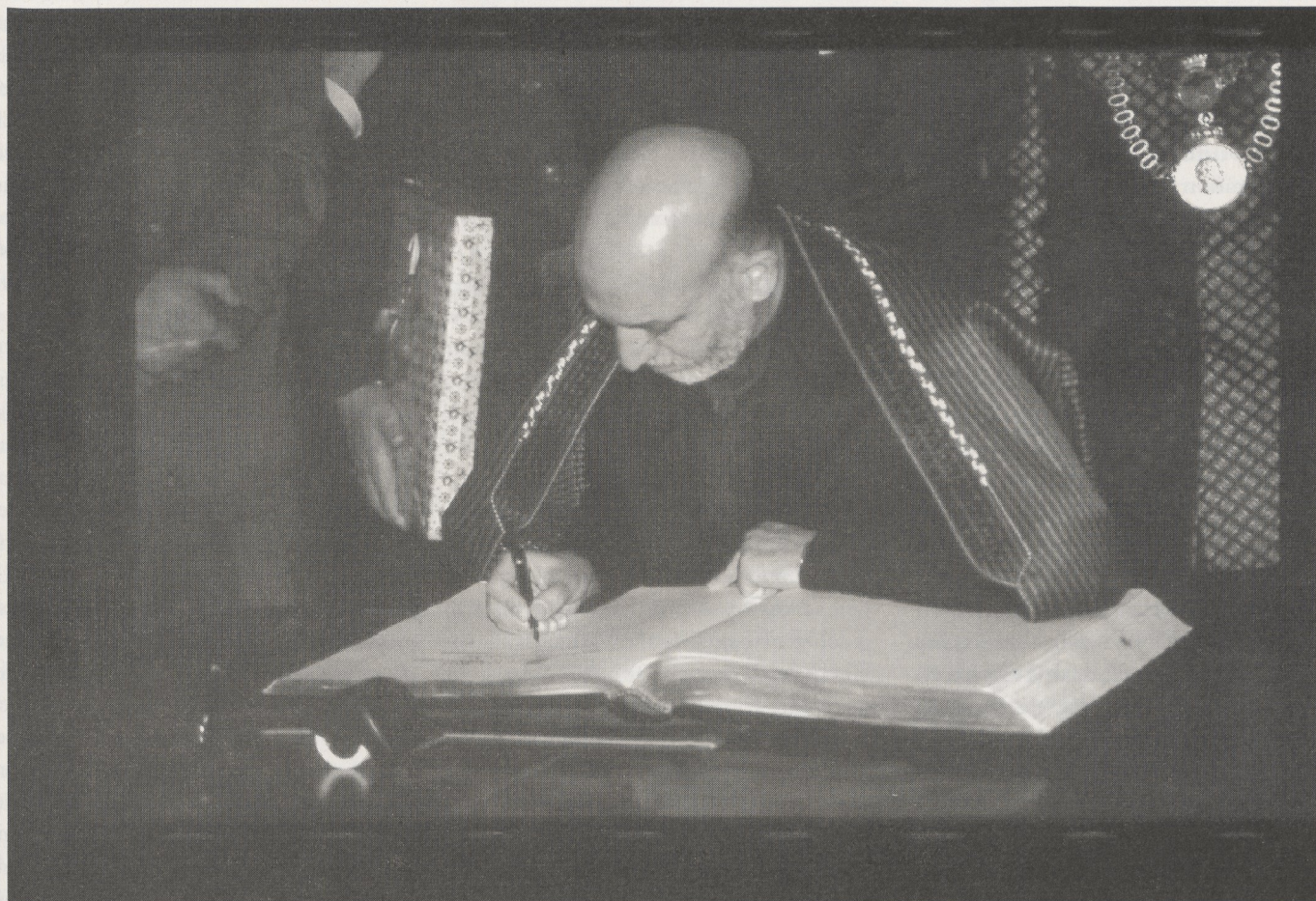
Tritt hier nicht schnellstens ein Umdenken ein, werden es die nach wie vor gut versorgten Fundamentalisten dem Westen bei den Wahlen 2004 danken.

All diese Probleme hätte man eigentlich im Rahmen der zweiten Petersberger Konferenz diskutieren müssen, zumal die internationale Gemeinschaft selbst ein gerüttelt Maß an Verantwortung für diese Fehlentwicklungen trägt. Aber mit dem kurzen Treffen war nicht viel Tiefe zu erreichen. Zu kurz war die Vorbereitungszeit für die „Arbeitsebene“ in Washington, London oder Berlin, zu schnell rotieren hier in Kabul die Diplomaten der wichtigsten Staaten, als daß ihre Analyse wirklich unter die Oberfläche dränge, zu streng sind ihre Sicherheitsauflagen angesichts der nadelstichtartigen Raketenüberfälle, deren Unheber niemand wirklich kennt, als daß sie viel mehr als Kabul zu sehen bekämen. „Die Briten werden dir mit unbewegtem Gesicht erzählen, was für ein guter Kerl er inzwischen geworden ist“, berichtet *Guardian*-Reporterin Polly Toynbee über Minister Fahim, der kraft

seines Amtes den Einfluß seiner Fraktion, des inneren Kreises der Nordallianz aus dem Panjshirtal, Provinz für Provinz ausweitet und die Diplomaten derweil mit demokratischen Floskeln beruhigt. Oppositionelle mit Zugang zu seinem inneren Kreis berichten, daß dort ganz andere, antiwestliche Töne herrschen.

Eigentlich hätte Karzai also nicht nach Bonn kommen müssen. Denn daß die internationale Schutztruppe ISAF weder hinlänglich aufgestockt noch ihr Mandat über Kabul hinaus erweitert wird, konnte er sich schon von Außenminister Fischer in der letzten Novemberwoche in Kabul anhören. Und daß die USA jetzt 170 zusätzliche *Civil-Affairs*-Spezialisten, gemischt mit kleinen Kontingenten von Kampftruppen, in einige andere Städte schicken wollen, ist nur Augenwischerei.

So bleibt nur eines zu hoffen: daß die Spitzendiplomaten wenigstens so viel Einsicht haben, ihre Arbeitsebenen schleunigst nach dem Ende der heutigen Konferenz zu aktivieren. Es ist spät, aber nicht zu spät. ☐



Eintrag in das Goldene Buch der Stadt Bonn (Foto: Jorge Scholz)